Ole Löding

c/o pop 2019

Umzug in umkämpftes Umfeld

Dr. Ole Löding ist wiss. Mitarbeiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft

Seit nunmehr 16 Jahren feiert und befördert das Kölner Musikfestival und Branchentreffen c/o pop die Popkultur. Als nordrhein-westfälisches Pendant zum Eurosonic/Noorderslag in Groningen, dem South by Southwest in Austin oder auch dem Hamburger Reeperbahn Festival präsentiert die c/o pop dafür jährlich ein vielfältiges Programm aus knapp 100 Bezahl- und Umsonstkonzerten, Showcases und Branchenmeetings. Mehr als 30.000 Musikfans besuchen die Konzerte. Programme wie die von der BKM geförderten Projekte Wunderkinder – German Music Talent und musichubgermany – stärken die Internationalisierung bundesdeutscher Nachwuchsbands; die Verleihung des pop-NRW Preises zeichnet herausragende Künstlerinnen und Künstler aus NRW aus.

In diesem Jahr wurde ein Neustart vorgenommen: Nicht nur wurde der Termin der Veranstaltung vom August in den Frühsommer vorverlegt; zudem wurden große Teile des Veranstaltungsprogramms in einen neuen Stadtteil verlagert und zogen von der Kölner Innenstadt in den Kölner Nordwesten nach Ehrenfeld. Sowohl in Dönerläden, Friseurgeschäften und Industriefabriken spielten Newcomerbands, fanden Branchentreffen statt und konnte ein Rahmenprogramm aus Lesungen, Ausstellungen und Performances erlebt werden.

Kulturraumschutz auf der Konferenzagenda

Wichtiger Bestandteil der c/o pop ist die Fachkonferenz c/o pop Convention, zu der in diesem Jahr mehr als 1.000 Fachbesucher aus über 25 Ländern kamen. Sie hielt mit Workshops und Panels zu Themen wie Marketing, Digitalisierung und Networking Tipps und Tricks für Nachwuchsmusiker*innen bereit. Kulturpolitisch besonders interessant war vor allem, dass in diesem Jahr das Themenfeld des popkulturellen Kulturraumschutzes zentral auf die Agenda gesetzt wurde. Dies geschah vor dem Hintergrund des Umzugs in einen neuen Stadtteil. Er ist u.a. darin begründet, dass der vormalige Standort in der direkten Kölner Innenstadt mittlerweile nahezu vollständig durchgentrifiziert ist. Die Auflagen, aber auch die Konflikte mit den Anwohnern machten eine Kulturveranstaltung in der vorherigen Form nicht mehr möglich. »Aber auch in Köln-Ehrenfeld sind bereits zahlreiche Gentrifzierungsprozesse in Bewegung«, erklärt Ralph Christoph, Mitbegründer der c/o pop und Programmleiter der c/o pop Convention im Gespräch. »Mit dem Umzug wollen wir deshalb auch dafür sorgen, für diese Prozesse zu sensibilisieren. Wenn man einen Stadtteil nicht hegt und pflegt, dann geht die kulturelle Lebendigkeit auch schnell verloren.«

Diese Feststellung gilt selbstverständlich nicht nur für Köln. Stichworte wie »Clubsterben« und »Gentrifizierung« sind in allen großen Städten Anlass für Debatten geworden. Fast jede größere Metropole hat in den vergangenen Jahren wichtige Veranstaltungsstätten verloren, weil Investoren das Grundstück kauften, die Mieten erhöht wurden oder Lautstärkebeschwerden die Schließung erzwangen. Damit gerät vielerorts die Vielfalt von urbanen

Popkulturstätten in Gefahr. Denn je ausgeprägter das durchaus nachvollziehbare Bedürfnis von immer mehr Menschen wird, mit kurzen Wegen an der Vielfalt von innenstädtischen Kulturangeboten teilzunehmen, und je intensiver sich die Innenstädte zu Oasen der Gutverdienenden entwickeln, umso konfliktreicher wird die Koexistenz von (lautstarker) Popkultur und Anwohnerbedürfnissen. Dabei gerät schnell in Vergessenheit, dass Musikclubs wie wenige andere Einrichtungen eine niedrigschwellige, interkulturelle, voraussetzungslose Zugänglichkeit zu künstlerischen Darbietungen ermöglichen. Sie sind Orte der vielfältigsten Zusammenkünfte und dadurch unverzichtbar dafür, dass Städte zu Inkubatoren künstlerischer Innovation werden und ein Milieu der gegenseitigen Aufgeschlossenheit erzeugen können.

Ein bemerkenswerter Paradigmenwechsel

Diskutiert im Rahmen der Konferenz wurden vor diesem Hintergrund einerseits konkrete Rechtsfragen wie die gegenwärtige baurechtliche und steuerliche Einordnung von Musikclubs, die zur Zeit noch nicht als »Kulturstätten« kategorisiert werden, sondern als »Vergnügungsstätten« bzw. Gewerbebetriebe mit Pornokinos und Automaten-Spielstätten gleichgestellt sind. Andererseits wurden Diskussionsräume für den Erfahrungs- und Strategienaustausch zwischen Vertretern diverser Metropolen eröffnet.

Besondere Einblicke in den Stand der aktuellen kulturpolitischen Debatte bot eine Diskussionsrunde zum Thema »Kulturraumschutz Ehrenfeld«, an der u.a. die kulturpolitische Sprecherin der Kölner Grünen Brigitta von Bülow, der Referent der Oberbürgermeisterin William Wolfgramm, aber auch der Clubbetreiber Micki Pick teilnahmen. Sie zeigte beispielhaft und mit beständigem Bezug auf andere bundesdeutsche Metropolen einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel der Kommunalpolitik im Hinblick auf die Sicherung der urbanen Pop- und Subkultur. Von einem in den vergangenen Jahren häufig randständig behandelten Nischenthema ist der (Pop-)Kulturraumschutz mittlerweile zu einem wichtigen Thema der politischen Debatte geworden. In Köln, genauso wie in Hamburg, Berlin oder Frankfurt, sind in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an politischen Instrumenten geschaffen worden, um die Clubkultur in den Städten zu unterstützen. Hierzu gehören zum Beispiel die Einrichtung eines Lautstärkefonds zur finanziellen Erleichterung der Durchführung von Lautstärkeschutzmaßnahmen, die Anwendung des Instruments der Bauplanänderung, um den Bau von Wohneinheiten in der Nähe von existenten Clubs zu unterbinden, aber auch die Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Programmdurchführung. Seit etwa einem Jahr ist in Köln die Entwicklung eines auf Geodaten basierenden Clubkatasters im Werden, das der Stadtverwaltung bei der Sicherung von kreativen Räumen der Musik- und Clubkultur in urbanen Quartieren als Informationstool dienen soll. Diverse andere kommunalpolitische Instrumente wie eine gelockerte Bürokratie bei der Beantragung von Zwischennutzungen, die Einsetzung eines »Nachtbürgermeisters« oder die Etablierung des Prinzips des »Agent of Change« bei neuen Bauprojekten werden bundesweit politisch diskutiert.

Mehr Wissen, Weitsicht und Planungswillen

Klar wurde während der Konferenz, dass sowohl im Hinblick auf die Wirkung dieser Instrumente als auch hinsichtlich des konkreten Handlungsdrucks in den jeweiligen Städten und auch Stadtteilen noch ein hoher Informationsbedarf besteht. Ursächlich hierfür ist auch, dass die Pop- und Clubkultur selten Teil kulturstatistischer Erhebungen ist. Daten zur kulturellen Teilhabe, Demographie, zur Bestandsentwicklung, aber auch zur öffentlichen Finanzierung im Themenfeld der Popkultur liegen kaum vor. »Es braucht weiterhin von Seiten der Politik und der Verwaltungen mehr Kontrolle der Investoren, mehr Hingucken, mehr Weitsicht und Planungswillen«, betont Ralph Christoph.

Für die Stadt Köln könnte in diesem Zusammenhang der im Frühjahr vorgelegten Kulturentwicklungsplan eine wichtige Grundlage für nachfolgende Diskussionen werden. Dieser schreibt den ersten 2009 beschlossenen Kölner KEP fort und beteiligte seit 2017 mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Erstellung. Die Pop- und Clubkultur nimmt bedauerlicherweise nur einen geringen Raum im finalen Text ein und übergeht die oben beschriebenen Instrumente weitgehend. Der Kulturentwicklungsplan weist jedoch partizipativ angelegten Konzepten der Stadtentwicklung zur Bestandssicherung existierender Kultur- und Kreativräume, Ideen des dezernatsübergreifenden Raummanagements, aber auch der Frage, ob Investoren verpflichtet werden könnten, bei der Entwicklung von großen Planungsgebieten Räume für Kultur mit zu planen und zu finanzieren, einen hohen Stellenwert zu. Es scheint – erst recht nach fünf kulturell inspirierenden Tagen c/o pop an neuem Standort – kulturpolitisch angekommen, dass die Notwendigkeit besteht, unangepasste, störrische und gesellschaftskritische Nischen im umkämpften und attraktiven Herz der großen Metropolen zu erhalten. Man darf vorsichtig optimistisch sein. ■